



Position zum Bürokratieabbau

„Einfacher, schneller, digitaler – allein die Umsetzung zählt!“

Die deutsche Wirtschaft stagniert seit mehr als drei Jahren. Neben hohen Energiekosten und Steuern sowie dem Fachkräftemangel gilt die wachsende Bürokratie als eines der größten Investitionshemmnisse. Laut unserer IHK-Umfrage (Sommer 2025) würden sich 57 Prozent der Teilnehmer mit Blick auf die hohe bürokratische Belastung derzeit nicht wieder für eine unternehmerische Tätigkeit entscheiden.

Dies zeigt: Deutschland braucht bei der Bürokratie eine wirksame Entlastung. Ungezählte Berichts-, Dokumentations-, Genehmigungs- und Statistikpflichten hindern die Wirtschaft daran, das zu tun, was sie am besten kann: gute Produkte und Dienstleistungen für Menschen entwickeln. Außerdem ist Bürokratieabbau ein verlässliches Konjunkturprogramm, das Unternehmen entlastet, ohne den Staat oder den Steuerzahler zusätzlich zu belasten. Im Gegenteil: Bürokratieabbau spart gleichzeitig Zeit und Kosten in den Verwaltungen.

Unsere IHK-Organisation hat bereits eine Vielzahl von Vorschlägen zum Abbau konkreter bürokratischer Regelungen vorgelegt, beispielsweise mehr als 50 Vorschläge für die europäische Ebene. Ein Überblick über alle Vorschläge und Aktivitäten der IHK-Organisation zum Bürokratieabbau findet sich unter www.dihk.de/buerokratieabbau, dort konkret auch die Vorschläge für die EU-Ebene unter www.dihk.de/resource/blob/124340/8aa17491616c2ce5801ddb22d61dc55f/dihk-vorschlaege-eu-buerokratieabbau-2024-data.pdf.

Die neue Bundesregierung ist sich der Bedeutung des Themas „Bürokratieabbau“ für die Wirtschaft inzwischen offenbar bewusst. Das neu gegründete Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS) hat im Oktober 2025 die "Modernisierungsagenda — für Staat und Verwaltung (Bund)" vorgelegt, in der eines der fünf Handlungsfelder „spürbarer Bürokratieabbau“ lautet. Mit den angekündigten Maßnahmen werden auch langjährige Vorschläge der IHK-Organisation und Unternehmen aufgegriffen.

Entscheidend bleibt, dass diese Maßnahmen von der Bundesregierung nicht bloß angekündigt, sondern auf allen politischen Ebenen auch zügig umgesetzt werden.

Kernforderungen unserer IHK sind dabei:

1. Einfacher!

Die Wirtschaft braucht weniger und verständlichere Regeln. Dazu gehört auch:

- deutliche **Verringerung von Dokumentations- und Berichtspflichten**
- das Prinzip „**One in – two out**“; d. h. für jede neue Vorschrift, die mit einem Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft einhergeht, werden zwei Vorschriften abgeschafft– und zwar auf allen politischen Ebenen, insbesondere in Bund und EU
- kein „**Goldplating**“ mehr, also keine Übererfüllung bei der Umsetzung von EU-Vorschriften in nationales Recht

2. Schneller!

Die Wirtschaft braucht schnellere und wirtschaftsfreundlichere Verwaltungsprozesse. Dazu gehört auch:

- Beschleunigung insbesondere von **Planungs- und Genehmigungsverfahren**
- **Entschlackung von Verfahrensvorschriften**, dabei ausreichend Spielraum für die Behörden für eine zügige Durchführung der Verfahren schaffen
- **Dienstleistungsorientierung der Behörden**, auch auf kommunaler Ebene, die sich nicht nur überwachend, sondern verstärkt auch beratend und gestaltend agieren müssen; schließlich sind sie es in der Regel, die die Verfahrensvorschriften in der Praxis anwenden und umsetzen

3. Digitaler!

Die Wirtschaft braucht transparente, einheitliche und gut zugängliche Verfahren und Ansprechpartner. Dazu gehört auch:

- vollständige **Digitalisierung von Verwaltungsverfahren**, um Medienbrüche und damit erhöhte Aufwände und Kosten auf Unternehmensseite zu vermeiden
- ein **einheitliches Digitalportal** für den Zugang zu sämtlichen Verwaltungsverfahren
- das „**Once-Only**“-Prinzip, d. h. Unternehmen und Bürger müssen bestimmte Daten nur noch einmal übermitteln

Diese Forderungen sind bei der Politik zwar angekommen. Entscheidend bleibt aber, sie auch zügig in allen konkreten Fachgesetzen umzusetzen. Dazu braucht es einen nachhaltigen Paradigmenwechsel in Parlamenten und Verwaltungen!

Beschluss der Vollversammlung der IHK Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim
Wietmarschen, 9. Dezember 2025